LAG-1 LAG-Statut

Antragsteller*in: Landesvorstand
Tagesordnungspunkt: 6. LAG-Statut

1 § 1 Auftrag

2 Die Landesarbeitsgemeinschaften sind auf der Grundlage bündnisgrüner Politik ein
3 Ort inhaltlicher Arbeit auf Landesebene. Sie sind Zusammenschlüsse von
4 Mitgliedern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Nichtmitgliedern in Rheinland-Pfalz,
5 die für bestimmte Politikbereiche kontinuierlich die politischen und
6 gesellschaftlichen Entwicklungen beobachten und aufarbeiten. Sie sollen
7 Diskussionsprozesse innerhalb und außerhalb des Landes- und Bundesverbandes
8 anregen, zur programmatischen Weiterentwicklung der Aussagen von BÜNDNIS 90/DIE
9 GRÜNEN zur Politik in Rheinland-Pfalz beitragen und die Vernetzung und
10 Zusammenarbeit zwischen den Parteimitgliedern fördern. Den Parteigremien und
11 Fraktionen auf allen Ebenen sowie den bündnisgrünen Regierungsmitgliedern stehen
12 sie beratend zur Seite und unterstützen insbesondere den Landesvorstand.

13 § 2 Anerkennung und Auflösung

14 (1) Der Landesvorstand beschließt über die Gründung, Umbenennung und Auflösung
15 der LAGen.

16 (2) Ein Antrag auf Gründung einer neuen Landesarbeitsgemeinschaft muss die
17 Unterschriften von mindestens 30 Mitgliedern aus mindestens 5 verschiedenen
18 Kreisverbänden tragen. Der Landesvorstand kann vor endgültiger Beschlussfassung
19 über den Antrag probeweise einen Arbeitskreis für die Dauer von 6 Monaten
20 einrichten. Nach Ablauf der 6 Monate ist über den Antrag zu beschließen.

21 (3) Der Landesvorstand kann eine Landesarbeitsgemeinschaft auflösen, wenn

- 22 • die Sitzungen infolge der Anzahl der teilnehmenden Mitgliedern regelmäßig
23 nicht beschlussfähig ist,
- 24 • oder innerhalb von zwei Jahren keine Sitzung stattgefunden hat,
- 25 • oder diese gegen inhaltliche Grundsätze der Partei oder ihrer Ordnung
26 verstößt
- 27 • oder sonstiger Schaden für die Partei entsteht.

28 Dazu sind die jeweiligen LAG-SprecherInnen anzuhören. Gegen Auflösungsbeschlüsse
29 des Landesvorstands können diese die nächste Landesdelegiertenversammlung/
30 anrufen.

31 § 3 Stellung der LAGen

32 (1) Die Landesarbeitsgemeinschaften besitzen Antragsrecht auf
33 Landesdelegiertenversammlung (§ 7 Abs. 5 der Satzung)

34 (2) Der Erweiterte Landesvorstand benennt AnsprechpartnerInnen für die LAGen

35 (3) Die Fraktion bezieht die LAGen in ihre inhaltlichen Beratungen ein. Die
36 fachpolitisch zuständigen Abgeordneten sollen regelmäßig in den LAGen berichten.

37 § 4 Struktur und Arbeit

38 (1) Die Mitglieder einer Landesarbeitsgemeinschaft kommen zu zwei
39 Präsenzsitzungen im Jahr zusammen. Eine Sitzung im Sinne des LAG-Statutes muss
40 mit der üblichen Frist (s. Abs. 2) unter Angabe von Ort, Zeit und vorläufiger
41 Tagesordnung eingeladen werden, es ist eine Anwesenheitsliste zu führen und ein
42 Ergebnisprotokoll anzufertigen. Zwischen den Terminen können Beratungen und
43 Beschlussvorbereitungen über Telefonkonferenzen oder Online-Formate stattfinden.
44 Hier gelten die gleichen Regularien und Beschlussfähigkeitsregelungen wie für
45 Präsenzsitzungen. Beschlüsse können im Rahmen von Präsenzsitzungen sowie
46 Telefonkonferenzen gefasst werden.

47 (2) Der oder die Sprecher/innen laden zu den Sitzungen ein. Das zuständige
48 Mitglied im Erweiterten Landesvorstand und die fachpolitisch zuständigen
49 Abgeordneten sollen bei der Terminfindung eingebunden werden. Die
50 Einladungsfrist beträgt mindestens 14 Tage und erfolgt über den elektronischen
51 Einladungsverteiler der LAG.

52 (3) Die Landesarbeitsgemeinschaft ist beschlussfähig, wenn mindestens 10
53 Parteimitglieder anwesend sind.

54 (4) Anträge an die Organe der Landespartei bedürfen eines mehrheitlichen
55 Beschlusses der anwesenden Parteimitglieder.

56 (5) Von den Sitzungen werden Ergebnisprotokolle angefertigt und den zuständigen
57 AnsprechpartnerInnen im Erweiterten Landesvorstand und den fachpolitisch
58 zuständigen Abgeordneten zur Kenntnis gebracht. Über die Beschlüsse der
59 Landesarbeitsgemeinschaften wird der Landesvorstand umgehend unterrichtet.

60 (6) Zu Beginn jedes Jahres erstellen die beiden LAG-SprecherInnen gemeinsam mit
61 der LAG, dem zuständigen Mitglied des Erweiterten Landesvorstands und den
62 zuständigen MandatsträgerInnen auf der ersten Sitzung ein Arbeitsprogramm, um
63 eine kontinuierliche, inhaltliche Arbeit in der LAG zu gewährleisten.

64 (7) Die Unterzeichnung von Aufrufen und Erklärungen sowie Pressemitteilungen und
65 Öffentlichkeitsarbeit im Namen der LAG bedürfen der Zustimmung des
66 Landesvorstandes.

67 (8) Wenn eine Landesarbeitsgemeinschaft ein besonders breites Themenfeld
68 bearbeitet, kann sie Arbeitskreise, auf Dauer oder zeitlich begrenzt, im
69 Einvernehmen mit dem Landesvorstand bilden. Die LAG wählt eineN KoordinatorIn
70 für den Arbeitskreis. Im Übrigen finden § 4, Abs. 1 und 2 entsprechend sinngemäß
71 auch auf Arbeitskreise Anwendung.

72 § 5 SprecherInnen und Delegierte

73 (1) Die Mitglieder einer Landesarbeitsgemeinschaft wählen alle zwei Jahre zwei
74 SprecherInnen die Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein müssen. Die Wiederwahl
75 ist möglich (Ausnahmeregelung siehe §5, Abs. 6). Wahlen sind nur auf
76 Präsenzsitzungen möglich.

77 Die SprecherInnen vertreten die Landesarbeitsgemeinschaft gegenüber den Gremien
78 und Gliederungen der Partei und im Einvernehmen mit dem Landesvorstand bei
79 Außenterminen. Sie sind für die Terminkoordination, Einladung sowie Vor- und
80 Nachbereitung der Sitzungen verantwortlich. Ein Sprecher oder eine Sprecherin
81 einer LAG kann nicht in einer weiteren LAG SprecherIn sein.

- 82 (2) Einmal jährlich ruft der Landesvorstand die SprecherInnen der
83 Landesarbeitsgemeinschaften mit einer Ladungsfrist von vier Wochen zu einer
84 Sitzung zusammen.
- 85 (3) Die Landesarbeitsgemeinschaften wählen entsprechend dem Statut der
86 Bundesarbeitsgemeinschaften von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei Delegierte sowie zwei
87 StellvertreterInnen (Ersatz-Delegierte) für die ihnen zugeordneten
88 Bundesarbeitsgemeinschaften. Die Wahl erfolgt für jeweils zwei Jahre; die
89 Wiederwahl ist möglich. (Ausnahmeregelung siehe §5, Abs. 6)
- 90 (4) Ist einer Bundesarbeitsgemeinschaft in Rheinland-Pfalz keine
91 Landesarbeitsgemeinschaft zugeordnet oder schöpft die Landesarbeitsgemeinschaft
92 die Zahl der ihr zustehenden Delegierten für die Bundesarbeitsgemeinschaft nicht
93 aus, kann der Landesvorstand fachlich geeignete Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE
94 GRÜNEN aus Rheinland-Pfalz in diese Bundesarbeitsgemeinschaft delegieren.
- 95 (5) Im Falle der Nachwahl von LAG-SprecherInnen oder BAG-(Ersatz-)Delegierten
96 endet deren Amtszeit mit Ende der laufenden Wahlperiode. Wahlen sind nur auf
97 Präsenzsitzungen möglich.
- 98 (6) Bei den Wahlen der LAG-SprecherInnen sowie der Delegierten und Ersatz-
99 Delegierten für die Bundesarbeitsgemeinschaften ist das Frauenstatut zu
100 beachten. Sollte eine LAG bei einer Wahl einen Frauenplatz für Männer geöffnet
101 haben, kann dieser bei der folgenden Wahl nach zwei Jahren nicht erneut geöffnet
102 werden und muss mit einer Frau besetzt werden.
- 103 § 6 Finanzierung von Landesarbeitsgemeinschaften
- 104 (1) Die Grundfinanzierung der Landesarbeitsgemeinschaften wird durch eine
105 entsprechende Position im Haushalt des Landesverbandes sichergestellt.
- 106 (2) Reisekosten von LAG-SprecherInnen, BAG-Delegierten sowie
107 ArbeitskreiskoordinatorInnen können im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel
108 auf Antrag über den Landesverband abgerechnet werden. Die Reisekosten werden
109 nach den Richtlinien des Landesverbandes erstattet (siehe
110 Kostenerstattungsordnung).
- 111 (3) Mit Ausnahme der Reisekosten gemäß Absatz 2 sind alle Kosten, die durch die
112 LAG-Arbeit entstehen, im Rahmen der den Landesarbeitsgemeinschaften zur
113 Verfügung stehenden Mittel nur dann erstattungsfähig, wenn sie vorher beim
114 Landesvorstand beantragt werden.
- 115 § 7 Schlussbestimmung:
- 116 Dieses Statut tritt mit dem Beschluss der Landesdelegiertenversammlung in
117 Lahnstein (am 20. Mai 2017) in Kraft.

Begründung

erfolgt mündlich.